

Die Heimatwüste als Paradies

Die Flüchtlinge aus der Westsahara wollen in den algerischen Lagern auf keinen Fall seßhaft werden / Von Hans-Christian Rößler

SMARA, im Juni. Der heiße Wind weht den feinen Sand durch die glaslosen Fenster. Wie ein Schleier legt er sich über Bänke, Tische und das Poster an der Wand, auf dem sich ein Wasserfall in einen See ergießt, umgeben von üppigem Grün. In der sechsten Klasse der Mustafamohammed-Ahmed-Schule im Flüchtlingslager von Smara haben die fünfzig Schüler in ihren bunten Kittelschürzen Arabischunterricht. Doch heute geht es um Politik, und es gibt Streit. „Die internationale Gemeinschaft unterstützt uns, damit wir endlich recht bekommen und nach Hause zurückkehren“, sagt der zwölfjährige Hafidullah und klingt wie ein routinierter Politiker. „Da kannst du lange warten. Du mußt für die Heimat kämpfen“, weist ihn Hammoudi zurecht, der hinter ihm sitzt.

Diese Heimat kennen die beiden nur aus den Schulbüchern und den Erzählungen der Erwachsenen. Die Jungen gehören der vierten Flüchtlingsgeneration an, die in Zelten und Lehmhütten in der westalgerischen Sahara auf ihre Rückkehr in die von Marokko besetzte Westsahara wartet. Mehr als 160 000 Saharais sind es mittlerweile, die dort seit bald dreißig Jahren Sandstürmen und der Gluthitze trotzen, und je länger sie in den vier Lagern ausharren, desto schöner wird der Wüstenstreifen, aus dem sie stammen. Auch wenn es dort nicht viel anders als in der algerischen Sahara aussieht, wird er von Generation zu Generation dem Paradies ein Stück ähnlicher. Die Beschreibungen erinnern an Spanien, wohin die Kinder von Solidaritätsgruppen jeden Sommer zu Tausenden in Ferienlager eingeladen werden. Die Heimat ist längst Inbegriff für alles, woran es im Exil fehlt – für viele Kinder ist das vor allem ein großes Schwimmbad.

Auch die Traumberufe der Schüler aus der sechsten Klasse in Smara unterscheiden sich kaum von denen gleichaltriger Europäer: Ärzte, Lehrer, Journalisten wollen sie später sein, gleich mehrere Jungen und Mädchen Fußballspieler. Soldat will keiner werden, obwohl das der Beruf ist, den die meisten ihrer Väter bis heute bei der Westsahara-Befreiungsfront Polisario ausüben. Die Männer sind tief in den „befreiten“ Gebieten stationiert, die so heißen, weil Polisario diesen Teil der Westsahara einst von den Marokkanern erobert hat. Dort warten sie nach vierzehn Jahren Waffenruhe immer ungeduldiger darauf, wieder losschlagen zu können. Denn die Enttäuschung darüber, daß die Vereinten Nationen immer noch keine friedliche Lösung zustande gebracht haben, ist groß. Nicht nur die Kinder reden wieder von Krieg.

„Früher haben wir mit unseren Kamelen gekämpft“, schwärmt Hameida el Kadi Boseif und streichelt über den Hals des hochgewachsenen Dromedars, in den die Buchstaben „F.P.“ eingegraben sind. Sie stehen für Frente Polisario, die Westsahara-Befreiungsfront. Die vierzig Tiere sind der ganze Stolz des Kamelzüchters. In der Wüste ein paar Kilometer außerhalb von Smara warten sie jedoch nicht auf neue Kampfeinsätze. Sie sind nur ein Versuch, wenigstens Kinder, Alte und Kranke in den Lagern ab und zu mit Milch und frischem Fleisch zu versorgen; in den Lebensmittelrationen der UN ist das schon lange nicht mehr enthalten. Nach sieben Jahren ohne Regen ging auch den Beduinen die Nahrung für ihre Tiere aus. Sie waren froh, daß Boseif ihnen einige für wenig Geld abkaufte. Während sich die Dromedarfohlen hungrig am Futtertrog balgen, gerät er ins Grübeln. „Es war ein Fehler. Ich hätte weitergekämpft. Ich bin bereit – jederzeit“, sagt er.

Mahfoud Ali Beiba macht sich keine Illusionen. „Die Mehrheit hält die Zeit wieder für gekommen, um zu den Waffen zu greifen. Nur die politische Führung nicht“, sagt der saharaische Parlamentspräsident im traditionellen weißen Gewand mit Goldstickereien auf der Brust. Natürlich würde neue Gewalt wieder das internationale Interesse an dem vergessenen Konflikt wecken. „Aber das ist nicht das Ziel. Wir sind ein kleines Volk.“ Im Innenhof vor dem Büro des zweiten Manns nach dem Präsidenten im Exilstaat Polisario sind die Beete neu bepflanzt und frisch gegossen: Statt Blumen wachsen dort Zwiebeln und Gurken.

Die brauchen sie dringend. Denn die Flüchtlinge erhalten vom Welternährungsprogramm der UN nur Nothilferationen. Sie sind für Vertriebene gedacht, die nach ein paar Monaten wieder nach Hause zurückkehren. Seit auch noch die Europäische Union ihre Unterstützung von 14 auf 8 Millionen Euro gekürzt hat, ist der Speiseplan noch karger und sind die Medikamentenschränke der Wüstenkrankenhäuser noch leerer. Mehr als ein Jahr lang gab es keinen Reis. Frisches Gemüse, Milch oder gar Fleisch sind Luxus, außer sie kommen aus den kleinen Oasengärten oder der polisarioeigenen Kamel- und Hühnerzucht.

Aber seßhaft werden wollen die Saharais in der westalgerischen Wüste auf keinen Fall. „Für die Flüchtlingspsyche ist es wichtig, daß sie ihre Zelte behalten und nicht ganz in Häuser ziehen. Das würde bedeuten, daß sie für immer hierbleiben“, meint ein UN-Mitarbeiter, der deshalb die Saharais vor allem mit mobilen Wasser- und Abwasseranlagen ausstattet; sie lieben sich dann auch schnell in die alte Heimat mitnehmen. Ein Zelt bildet nach wie vor das Zentrum der kleinen Anwesen der meisten Flüchtlingsfamilien. Sie wohnen aber meist in den niedrigen Lehmhütten, die sie rundherum errichtet haben.

Über deren mit Felsbrocken beschwerten Wellblechdächern recken sich immer mehr Antennen der Sonne entgegen.



Karg sind die Lebensbedingungen der mehr als 160 000 Flüchtlinge aus der Westsahara in ihrem algerischen Exil.

Foto Till Budde



Unterrichtspause vor einer Schule in Smara

Foto Hans-Christian Rößler

„Das ist die neue Freiheit“, schwärmt der Handy-Händler Ahmed Laroussi. In seiner klimatisierten Hütte mit blitzblanken Glasvitritten verkauft er Mobiltelefone und die langen Antennen, mit denen auch im Lager das algerische Handynet zu erreichen ist – und damit auch der Rest der Familie in den „besetzten Gebieten“, in der von Marokko annektierten Westsahara. Bis heute können sie ihnen nicht einmal Briefe schreiben. Nur wenige Familien durften mit UN-Hilfe im vergangenen Jahr zum ersten Mal ihre Verwandten in der Westsahara treffen.

Bis zu sechzig Mobiltelefone verkauft Laroussi im Monat. Dazu kommen kleine Solarpaneele, DVD-Spieler und Generatoren. Am Geld dafür scheint es im Lager

nicht mehr zu fehlen. Doch der Wohlstand einiger, die Verwandte im Ausland haben oder wie der Handyverkäufer einen Laden aufgemacht haben, stellt die Saharais vor nicht gekannte Schwierigkeiten: Bis hier erhalten weder der Präsident noch Lehrer oder Kindergärtnerinnen ein Gehalt. Alle arbeiten in der von der Polisario im westalgerischen Exil gegründeten Demokratischen Arabischen Republik Sahara (Dars) ehrenamtlich. Von ihr erhalten sie, was sie zum Überleben benötigen, nur kein Gehalt. Die zahllosen Räte und Volkskomitees sowie der Spitzenname „Castro“, auf den man ab und zu stößt, verraten die sozialistischen Vorbilder der linken Studenten, die Polisario in den siebziger Jahren gründeten. „Langsam sehe ich

nicht mehr ein, daß ich von früh bis spät in der Schule stehe und andere Geld verdienen und längst ein Auto haben“, schimpft ein Lehrer. Einige seiner Kollegen kommen schon nicht mehr jeden Tag in die Schule und gehen lieber anderswo für Geld arbeiten.

Einige Frauen sind pragmatisch: Sie haben Fenster in die Wand ihrer Häuser brechen lassen. Nach Feierabend verkaufen sie dort Süßigkeiten und was man sonst noch so braucht. In vielen Schulen und Krankenhäusern sind Frauen in der Überzahl. Selbstbewußt hüllen sich die saharaischen Musliminnen in ihre Umhänge in leuchtenden Farben. In die Küche verbannt wie oft in den Nachbarländern Algerien und Marokko sind sie nicht. Auch

gibt es in den Lagern nur wenige unauffällige Moscheen, und es ist es wohl kein Zufall, daß in der Bibliothek eines Frauenzentrums als Neuzugang ein Buch mit dem Titel „Die Matriarchen. Über das Ende der Macht der Männer“ ausgestellt ist.

Im Alltag kontrollieren die Frauen die Lager. Ihre Männer verbringen Monate an der mehr als 2000 Kilometer langen „Mauer“. Den streckenweise doppelten Sandwall hat Marokko errichtet, nachdem es in den achtziger Jahren der Guerrillaangriffe Polisarios nicht mehr anders Herr werden konnte. Auf beiden Seiten belauern sich seit dem Beginn des Waffenstillstands 1991 viele tausend Polisario-Kämpfer und marokkanische Soldaten inmitten der von Minen übersäten Wüste. Daß sie nicht mehr aufeinander schießen, halten sich die 231 UN-Soldaten aus knapp 50 Staaten der Westsahara-Mission Minurso zugute. Von einem der „erfolgreichsten“ Waffenstillstände zu minimalen Kosten schwärmt man im algerischen Minurso-Hauptquartier in Tindouf, obwohl die Mission einen viel wichtigeren Auftrag hat, wie schon ihr Name verrät: „UN-Mission für das Referendum in der Westsahara“. Vierzehn Jahre lang schafften sie es nicht, eine Volksabstimmung darüber zu organisieren, ob die Einwohner der früheren spanischen Kolonie unabhängig oder Teil Marokkos werden wollen.

Viel bleibt den Soldaten in der Wüste nicht zu tun. Aber die Aufrüstung an der Front geht weiter. Polisario trainiert sogar eine Marine-Einheit, auch wenn die Atlantikküste weit entfernt ist. Marokko begann angeblich damit, Radaranlagen am Sandwall zu installieren. Sie waren mit EU-Hilfe angeschafft worden, um illegale Einwanderer zu stoppen. Doch die Mauer in der Sahara ist weiterhin nicht unüberwindbar. Ein Löwe, der aus einem Zoo im marokkanisch besetzten Teil entkam, hat Mauer und Minenfeld hinter sich gelassen und ernährt sich jetzt von den Ziegen saharaischer Beduinen. In letzter Zeit haben die Polisario-Kämpfer, die selbst einst geflohen waren, mit einer neuen Art von Flüchtlingen zu tun. Mehrfach schon stießen ihre Patrouillen auf Afrikaner und Asiaten. Sie waren auf der Suche nach einer neuen Heimat und sind auf ihrem Weg auf die Kanarischen Inseln oder auf europäische Festland in der Wüste gestrandet.

Nach 30 Jahren: Phan Van Khai in Washington

Von Matthias Rüb

WASHINGTON, 20. Juni. Eine Generation, so will es die Faustregel, währt 30 Jahre. Damit wäre der Vietnam-Krieg, der vor gut 30 Jahren, im April 1975, mit der chaotischen Hubschrauber-Flucht Tausender Amerikaner und Südvietnamesen vom Gelände der amerikanischen Botschaft im damaligen Saigon ein für die Weltmacht unrühmliches Ende nahm, die Angelegenheit einer allmählich in den Ruhestand tretenden Generation. 58 000 amerikanische Soldaten fielen in dem Krieg, in welchen sich die Vereinigten Staaten im Lauf von zwei Jahrzehnten immer tiefer hatten hineinziehen lassen.

Am Sonntag traf der vietnamesische Ministerpräsident Phan Van Khai zum ersten Besuch eines politischen Führers aus dem heutigen Ho-Tschi-Min-Stadt in den Vereinigten Staaten seit mehr als drei Jahrzehnten ein – und tatsächlich bemüht sich Gast und Gastgeber sichtlich darum, jenen Krieg, der in Vietnam „der Amerikanische“ heißt, als einen Gegenstand für Historiker darzustellen, der die gedeihliche Zusammenarbeit der Gegenwart und die noch bessere der Zukunft nicht belasten möge.

An den ersten beiden Tagen des historischen Besuches ging dieses Konzept recht gut auf. In Seattle im Bundesstaat Washington, der ersten Station der Visite, besuchte Phan Van Khai am Montag eine Betriebsstätte des Flugzeugherstellers Boeing, der drei Flugzeuge des Typs 787 „Dreamliner“ zum Kaufpreis von knapp 500 Millionen Dollar nach Vietnam liefern wird. Danach stand ein Gespräch mit dem Gründer von „Microsoft“, Bill Gates, auf dem Programm. Wer heute in Amerika und anderswo auf der Welt Turnschuhe oder Kleidung von „Nike“ kauft, erkennt rasch, daß der amerikanische Sportartikelhersteller tüchtig in Vietnam nähen und schustern läßt – und deshalb traf Phan Van Khai an der Westküste auch noch mit der Führung des in Oregon ansässigen Unternehmens zusammen. An diesem Dienstag will Präsident George W. Bush den Gast im Weißen Haus empfangen, ehe dieser nach New York zur Wall Street und nach Boston zur Harvard-Universität weiterreist.

Daß die politische Gesinnung des 71 Jahre alten vietnamesischen Ministerpräsidenten, der einst an der Seite Ho Tschi Mins gefochten und in Moskau kommunistische Ökonomie studiert hatte, auch heute noch so rot ist wie der Teppich, der ihm im Mutterland der Demokratie allenthalben ausgerollt wurde, beeinträchtigte die Stimmung nur am Rande – etwa beim Protest einiger Dutzend Exil-Vietnamesen in Seattle und im südkalifornischen Landkreis Orange, wo zahlreiche Vietnamesen leben, oder auch bei einer Anhörung im Kongreß und bei einer Demonstration in der Hauptstadt, wo die Menschenrechtsverletzungen sowie die fortgesetzte Unterdrückung der Religionsfreiheit und von ethnischen Minderheiten in dem kommunistischen Staat angeprangert wurden. Im ganzen aber stand Phan Van Khai Botschaft im Vordergrund, wonach sein Besuch die Tatsache widerspiegelt, daß „wir die Vergangenheit hinter uns gelassen haben“ und daß man heute bereit und in der Lage sei, „sich darüber auszutauschen, wo beide Seiten noch Differenzen haben“.

Keine Differenzen scheint es jedenfalls beim wirtschaftlichen Austausch zu geben. Seit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen vor zehn Jahren wuchs



Foto AP

PHAN Van Khai, vietnamesischer Ministerpräsident, wurde 1933 geboren. Während des Krieges war er in Südvietnam eingesetzt. Jetzt sucht er die Aussöhnung mit Washington.

der Handel von jährlich 451 Millionen auf zuletzt 6,4 Milliarden Dollar – wobei Vietnam Exporte im Jahre 2004 allein mit 5 Milliarden Dollar zu Buche schlagen. Seit dem Abschluß eines bilateralen Handelsabkommens von 2001 sind die Vereinigten Staaten mit Direktinvestitionen in Höhe von 3,3 Milliarden Dollar der mit Abstand wichtigste Wirtschafts- und Handelspartner Vietnams. Ohne die Exporte nach und die Investitionen aus Amerika wären die jährlich etwa sieben Prozent Wirtschaftswachstum in Vietnam seit dem Jahr 2000 kaum denkbar. Von der wirtschaftlichen Öffnung hat in Vietnam aber nicht nur die herrschende Kaste profitiert, vielmehr kann das Land als Erfolgsgeschichte der Globalisierung gelten – anders etwa als deren „Sorgenkinder“ in Mittel- und Südamerika, wo trotz der Öffnung des nordamerikanischen Riesenschatzes für einheimische Produkte die Armut nicht signifikant reduziert werden konnte. Nach Erhebungen des Internationalen Währungsfonds leben heute nur noch weniger als 30 Prozent der etwa 82 Millionen Vietnamesen unter der Armutsgrenze – 1993 waren es noch doppelt so viele.

Mehr als 200 Mitglieder umfaßt die vietnamesische Delegation, die mit dem Ministerpräsidenten zum einstigen Erfindergekommen ist, der heute den Antrag Vietnams auf Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation unterstützen soll. Die Vereinigten Staaten dürften dem Wunsch nachkommen. Denn in einer Region, die das wirtschaftliche und politische Machtstreben Chinas immer deutlicher zu spüren bekommt, kann man aus Washingtons Sicht gar nicht genug Partner haben. Zu den Gesprächspartnern von Phan Van Khai gehörte in Washington auch der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld.



Der dreißigjährige Konflikt

Seit fast 30 Jahren währt der Konflikt um die frühere spanische Kolonie. 1975 zogen sich die Spanier aus dem gut tausend Kilometer langen Wüstenstreifen zurück. Marokko und Mauretanien besetzten daraufhin das Gebiet, obwohl der Internationale Gerichtshof in Den Haag damals ihre Ansprüche nicht für gerechtfertigt hielt. Es begannen 15 Jahre verlustreicher Kämpfe mit der Befreiungsfront Polisario, die für eine unabhängige Westsahara streitet. 1979 zog sich Mauretanien aus dem südlichen Drittel der Westsahara zurück, das Marokko ebenfalls besetzte.

Viele tausend Saharais flüchteten nach Westalgerien, wo sie in vier Lagern Asyl fanden. Dort hat auch die Demokratische Arabische Republik Sahara (Dars) ihren Sitz, die über kein eigenes Staatsgebiet verfügt, aber von mehr als 70 überwiegend kleinen Staaten anerkannt wird. Polisario-Kämpfer kontrollie-

ren nur einen kleinen Teil der Westsahara zwischen der algerischen Grenze und dem Sandwall, den Marokko zum Schutz vor Guerrillaangriffen in den achtziger Jahren errichtet hat. Trotz des seit 1991 geltenden Waffenstillstands gelang es nicht, den Konflikt um das phosphatreiche Gebiet zu beenden, an dessen fischreicher Küste auch Öl vermutet wird. Schon 1992 sollten die Einwohner der Westsahara darüber abstimmen, ob ihre Heimat unabhängig werden oder zu Marokko gehören soll. Aber das Referendum kam bis heute nicht zustande. Zuletzt war zwar Polisario bereit, einer Autonomie unter marokkanischer Kontrolle für das umstrittene Gebiet zuzustimmen. Nach fünf Jahren sollte dann die Bevölkerung in einem Referendum darüber entscheiden, ob sie zu Marokko gehören oder selbstständig werden will. Doch auch diesen Vorschlag lehnt die marokkanische Führung ab. (hcr.)